Fische
treffen heute ein:
Brat-Schellfische
Pfund 35 Pfg.
Kabliau und Schell-Fisch
(kopflos)
im ganzen Fisch
Pfund 60 Pfg.
im Anschnitt
Pfund 64 Pfg.
Frischgewässerte
Stock-Fische
Pfd. 35 Pfg.
Frische
Bücklinge
Unsere Marinaden
sind eine Delikatesse
Achten Sie beim Einkauf
auf Gewicht und
Qualität
Rollmops und
Bismarckheringe
in Milchsauce
Brat- und Gelee-Heringe
1 Liter-Dose 1.— RM.
Bismarckheringe
extra große
3 Stück 40 Pfg.
Riesen-Rollmops
3 Stück 50 Pfg.
5 Proz. Rabatt
Tannkuch

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girо-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchhandlung (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 100 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 261. | Donnerstag den 7. November 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Raubüberfall durch Besatzungssoldaten.

Kuttenheim bei Kehl, 5. Nov. Am Sonntag abend gegen 10 Uhr wurden hier auf der Hauptstraße bei der „Blume" zwei hiesige junge Burschen von drei des Weges kommenden französischen Soldaten angehalten und um Geld für Bier angesprochen. Die jungen Leute verweigerten dies und gingen weiter. Plötzlich wurden sie hinterrücks von den drei Soldaten überfallen. Ein Soldat umfaßte den einen Burschen von hinten und ein zweiter Soldat schlug ihm über den Kopf, während der dritte Soldat die Taschen des Opfers nach Geld durchsuchte. Zum guten Glück kamen in diesem Augenblick mehrere Personen dem Ueberfallenen zu Hilfe. Die drei Soldaten ergriffen die Flucht, ohne den geplanten Raub zur Ausführung gebracht zu haben. Während es zwei Soldaten gelang, sich der sofort aufgenommenen Verfolgung zu entziehen, konnte der dritte im Gasthaus zur „Blume" ausfindig gemacht und bei der deutschen und französischen Behörde zur Anzeige gebracht werden.

Italien kreist Südslawien ein.

Berlin, 5. Nov. Ueber eine neue Zuspitzung der italienisch-südslawischen Beziehungen durch die Hinrichtung des kroatischen Bauern Grotan berichtet der Belgrader Korrespondent der „Vossischen Zeitung": Es handelt sich bei diesen Ausführungen, die mit einem Vorbehalt wiedergegeben werden, um die seit langem bestehende Kriegsgefahr im Süden Europas. General Zivkowitsch hat sich, als er im Januar ohne Parlament die Regierungsgewalt in Südslawien übernahm, sehr um eine freundschaftliche Regelung der Gegensätze zu Italien bemüht. Immer aber habe der Faschismus diese Anträge des südslawischen Diktators zurückgewiesen und man müsse daraus den Schluß ziehen, daß der Faschismus eine freundschaftliche, für beide Teile ehrenhafte und annehmbare Regelung der Beziehungen zu Südslawien nicht wolle. In gut unterrichteten diplomatischen Kreisen wird behauptet, das Ziel Italiens sei eine Niederwerfung Südslawiens. Mussolini habe von dem kritischen und entscheidenden Jahr 1926 gesprochen. Diese Entscheidung besage, daß der Faschismus gegen Südslawien einen Krieg vorbereite, um auf den Trümmern dieses Staates seine Oberherrschaft über den ganzen Balkan zu begründen. Da die italienisch-südslawische Grenze keine geeignete Angriffsfläche darstellt, beabsichtigt Italien unter Verletzung der österreichischen Neutralität in Kärnten und Steiermark den Angriff von Norden her. Mit Albanien habe Italien einen geheimen Militärpakt und im Kriegsfalle mit Südslawien werde Albanien italienisches Aufmarschgebiet. Ein ähnlicher militärischer Geheimvertrag bestehe zwischen Italien und Ungarn. Insoweit Italien in den Krieg mit Südslawien eintrete, müsse auch Ungarn Südslawien von Norden aus mit allen verfügbaren Kräften angreifen. Als Belohnung würde es die früheren ungarischen Gebiete des südslawischen Staates bis zur Drau und Donau erhalten. Mussolini sei aber auch mit den kroatischen und montenegrinischen Emigranten in Verbindung getreten. Den Kroaten habe er die Schaffung eines selbständigen Staates versprochen, der das alte Kroatien und Slawonien und den westlichen Teil von Bosnien umfassen würde. Auch würden sie Fiume als Freihafen zurückerhalten. Slawonien würde von Italien annektiert werden und wahrscheinlich eine gewisse Autonomie erhalten. Dagegen würde Dalmatien unmittelbar an Italien angegliedert werden. Als König für das neue Kroatien sei ein italienischer Prinz vorgesehen. Das Königreich Montenegro soll in seinen Vorkriegsgrenzen wieder hergestellt werden und unter der Herrschaft des Enkels des letzten Königs, der ein Neffe des jetzigen italienischen Königs ist, stehen. Der Berichterstatter gesteht zu, es sei schwer, festzustellen, ob diese diplomatischen Informationen im allgemeinen und in den Einzelheiten stimmen. Daß aber Kriegsgefahr auf dem Balkan bestehe, ohne jeder, der sich mit der Politik im Süden Europas beschäftigt."

Ein Ausgleichsversuch.

Berlin, 6. Nov. Die „Germania" kommt in ihrem Morgenblatt noch einmal auf die Vorgänge im Rechtsausschuß zurück. Sie unterstreicht, es hätte sich nicht nur um einen „bloßen Formelakt" gehandelt, sondern um ein „erstes Warnungssignal". Das Zentrum kämpfe mit aller Klarheit „für die Unantastbarkeit einer weltanschaulichen Position". Derweilen verabreicht der „Vorwärts" ein paar maliziöse Bemerkungen über „politische Ehezerrüttung". Anscheinend ist aber weder dem „Vorwärts" noch der hinter ihm stehenden Sozialdemokratie bei dieser Ehezerrüttung sehr wohl. Und so wird denn heute der Spalt, der sich aufgetan hat, schon irgendwie zugeschaufelt werden. Das Zentrum hat auch gestern nachmittag im Beisein seiner drei Minister eine Fraktionssitzung abgehalten und wird, wie die „Germania" mit Betonung mitteilt, heute mittag noch eine Spezialbesprechung mit den Sozialdemokraten haben. Der Augenblick für die endgültigen Auseinandersetzungen ist, wie gesagt, noch nicht angebrochen.

Ausland.

Ueber Frankreich und Deutschland.

Richtig sieht ein Leitartikel der Newyorker „Herald Tribune" die Lage in Frankreich und Deutschland. Er sagt: „Vor drei Jahren schien Frankreich am Rande des Abgrundes zu sein. Der Franken war auf ein Zehntel des Vorkriegswertes gesunken. Heute ist Frankreich das zweitstärkste Goldland der Welt mit einer Golddeckung von 60 Prozent seines Notenumlaufes und zweimal soviel Gold in den Gewölben der Bank von Frankreich als je in der Vorkriegszeit! Manchmal scheint Deutschlands „Erholung" noch bemerkenswerter als die französische zu sein. Aber in Wirklichkeit ist die deutsche Erholung zum größten Teil nur Schein! Die Deutschen haben bemerkenswerte Dinge vollbracht. Ihre Anstrengungen in der Seeschiffahrt sind wundervoll. Ihre Bemühungen um die Wiedereroberung der Luft haben ihnen große Achtung verschafft. Aber jene, die kürzlich Gelegenheit hatten, die Lage in Deutschland ganz in der Nähe zu studieren, geben restlos zu, daß die Fassade der beste Teil ist! Es kann auch nicht anders sein in einem Lande, in dem die Industrie die einzige Quelle des Reichtums ist."

Aus Stadt und Bezirk.

— Bei der im Herbst d. J. vorgenommenen Prüfung für den mittleren Justizdienst sind unter anderen Kandidaten zu Notariatspraktikanten bestellt worden: Josef Schall von Calmbach und Eugen Seuser von Schwann.

Neuenbürg. (Sitzung des Gemeinderats am 5. November.) In Anwesenheit der mitvorsitzenden Geistlichen kamen einige Ortsfürsorgefälle zur Beratung und Beschlußfassung.

Durch den Verzicht eines Nutzungsberechtigten wurde ein freigewordenes Bürgernutzungsgrundstück im Ziegelrain dem Nächstberechtigten Wilhelm Schlegel hier zugewiesen.

Der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird genehmigt, zur besseren Beleuchtung des Eisenbahnübergangs in der Wildbaderstraße auf städt. Boden ein bis zwei Masten aufzustellen. Die Genehmigung wird unentgeltlich und insolange erteilt, als die Reichsbahn die Kreuzung der Bahn daselbst mit der Freileitung des Elektrizitätswerks unter den seitherigen Bedingungen gestattet.

Für den Fall, daß die Amtskörperschaft die Wendeplatte an der alten Pforzheimerstraße beim früheren Steinbruch mit Kleinpflaster versehen läßt, wird von der Stadtgemeinde der satzungsmäßige Anteil an den Unterhaltungskosten für Bezirksstraßen von 20 v. H. an dem nach Abzug des staatlichen Beitrags verbleibenden Restaufwand übernommen. Der Mehraufwand der Stadt gegenüber dem Anteil bei der seitherigen Unterhaltungsart beträgt etwa 1200 RM., doch läßt sich dieser dadurch rechtfertigen, daß der Unterhaltungsaufwand in den zukünftigen Jahren entsprechend herabgedrückt würde. Wenn mit dieser Pflasterung eine Verbesserung der Ableitung des bergseitigen Tagwassers verbunden wird, so wäre die Stadtgemeinde bereit, an den Kosten für die Ableitung ½ zu tragen.

Auf das Ersuchen der Amtskörperschaft erklärt sich die Stadtgemeinde dieser gegenüber zur kaufsweisen Abtretung von etwa 20 qm Fläche entlang des Plz.-Wegs Nr. 3 beim fr. Luz'schen Haus bereit.

Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis, daß die Veräußerung von Grundeigentum an die Reichspost durch den Bezirksrat genehmigt wurde.

Mit der Anlegung der neuen Straßen auf der Großen Wiese sind diese auch zu benennen. Vom Vorsitzenden wird der Vorschlag gemacht, die Querstraße oberhalb der Enzbrücke zur späteren Erinnerung an die Große Wiese „Wiesenstraße" zu taufen, welcher Name die Billigung des Gemeinderats findet. Ueber die Benennung der von der Poststraße rechtwinklig abzweigenden Parallelstraße konnte der Gemeinderat nicht schlüssig werden und möchte auch noch der Einwohnerschaft Gelegenheit geben, Vorschläge hierfür zu machen; solche Vorschläge werden jederzeit beim Vorsitzenden angenommen. Der an der Enz heraufführende Damm könnte bei dieser Gelegenheit ebenfalls einen Namen erhalten.

Auf das Gesuch des Krankenpflegevereins wird diesem an Stelle des früheren Jahresbeitrags von 120 Mark ab 1. Januar 1930 ein solcher von 100 RM. bewilligt; die Krankenversicherung der Krankenschwester durch die Stadt kommt dafür in Wegfall.

Schutzmann Girrbach hat am 1. November zehn Dienstjahre hinter sich und wird entsprechend den Bestimmungen der Besoldungsordnung von Gruppe 15 in Gruppe 13 vorgerückt unter Verleihung des Titels „Polizeiwachtmeister".

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt, wurde die Sitzung um 9½ Uhr geschlossen. K.

(Wetterbericht.) Die nördliche Depression macht sich allmählich stärker geltend. Für Freitag und Samstag ist unbeständiges, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 5. Nov. Vergangenen Samstag hielt der Turnverein seine diesjährige gut besuchte halbjährliche Generalversammlung ab. Wichtige Punkte harrten ihrer Erledigung und Durchsprache, wie Platzerweiterung und Weihnachtsfeier. Die Platzerweiterung muß jetzt durchgeführt werden und wurde hierzu ein Platz-Bau-Ausschuß gewählt, welcher die Arbeiten durchzuführen und zu beaufsichtigen hat. Die Weihnachtsfeier findet dieses Jahr am 22. Dezember, am Sonntag vor Weihnachten statt und verspricht schon jetzt alles bisher Gezeigte zu überbieten. Die neugegründeten Schülerinnen- und Schüler-Abteilungen werden verschiedene Nummern zur Vorführung bringen und von fleißiger Uebung Zeugnis ablegen. Turnwarte und Vorturner haben keine Mühe gescheut, die Kleinen auf das erste öffentliche Auftreten vorzubereiten. Nichts Schöneres gibt es, als die Kleinen in ihrem Element (Spiel und Reigen) wirken zu sehen. Neben den Kleinen werden unsere Damenabteilung ihre Tänze und sonstigen Uebungen, die Leichtathl.-Abteilung gymnastische Uebungen, die Geräte-Turner Pferd-, Barren- und Kürfreiübungen zur Vorführung bringen. Unsere Gerätemannschaft tritt am kommenden Sonntag in Dietlingen zum zweiten Kampf gegen Turngemeinde Dietlingen und Turnverein Brötzingen an und hoffen wir, daß diesmal ein kleiner Punktsieg für unsere Mannschaft herauskommt. Jedermann, groß und klein, ist herzlich eingeladen, uns in unseren Turnstunden zu besuchen und ist Gelegenheit geboten, sich jeder beliebigen Abteilung anzuschließen. Gut Heil! zo.

Calmbach, 6. Nov. Vergangenen Sonntag fand im Saale des Gasthauses zum „Bahnhof" das erste Schülerkonzert des Liederkranzes statt, das großem Interesse begegnete und so dem veranstaltenden Verein einen vollen Saal und damit wohl auch den gewünschten finanziellen Erfolg brachte. Möge dieser gutgelungene Versuch der Auftakt sein zu regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen dieser Art. Die Leitung des Konzerts hatte Musikdirektor Schüßler-Pforzheim. Der erste Teil setzte sich aus drei Männerchören zusammen („Die Nacht" von Schubert, „Zu deinen Füßen" von A. v. Othegraven, „Frühling am Rhein" von S. Bräu), die im allgemeinen recht ansprechend vorgetragen wurden. Im zweiten Teil ließ sich der neugegründete gemischte Chor des Vereins zum erstenmal hören mit dem Chorwerk „An der Wolga" von Hugo Jüngst mit verbindender Dichtung und Klavierbegleitung. Die viele Mühe und der große Eifer, mit dem Dirigent und Chor an dieses doch nicht ganz leichte Werk herantraten, wurde durch die im ganzen gut gelungene Wiedergabe reichlich belohnt, was durch den Beifall und die Anerkennung seitens des Publikums zum Ausdruck gebracht wurde. Daß man an einen erst gegründeten Chor keine hohen künstlerischen Ansprüche stellen darf, versteht sich von selbst; hervorgehoben aber werden muß, daß teilweise recht besonders schwierige Stellen in der Tonreinheit gut wiedergegeben wurden. Herr Schüßler hat sich mit diesem Konzert ein schönes Verdienst erworben, da er es mit diesem jungen Chor gewagt hat, ein größeres Werk aufzuführen. Die Klavierbegleitung lag in den Händen von Lehrer Blum, der seine Aufgabe ganz hervorragend löste. Den verbindenden Text sprach Lehrer Baumann in mustergültiger Weise.

Württemberg.

Stuttgart, 6. Nov. (Das Vermögen der Stadt Stuttgart). Nach den Rechnungsergebnissen des Stadthaushalts bezifferte sich der Vermögensstand der Stadtgemeinde am 31. März 1929 auf rund 277 Millionen, während die Verbindlichkeiten und Rücklagen 105 Mill. betrugen. Das reine Vermögen stellte sich auf 171183843 Mark, 2071713 Mk. mehr als im Vorjahr. Der Wert der Güter und Bauplätze beträgt allein 47,8 Millionen, der der Gebäude mit Grundfläche 41,7 Mill. Die Waldungen haben einen Wert von 9,4 Mill. Größere Wertobjekte sind ferner das Gaswerk (16,2), das Elektrizitätswerk (32,2), das Wasserwerk (4,7), der Vieh- und Schlachthof (5,7), der Cannstatter Wasen (9,3 Mill.). Das Geldvermögen beziffert sich auf 32760618 Mk. Unter den Verbindlichkeiten machen Anleihen und Darlehen 68,4 Millionen aus.

Stuttgart, 6. November. (Von der Technischen Hochschule.) Der Staatspräsident hat die ordentliche Professur für Luftfahrtwesen an der Technischen Hochschule Stuttgart dem Professor Dr. Ing. Georg Madelung in der Technischen Hochschule in Berlin übertragen.

Eßlingen a. N., 6. Nov. (Zur Stadtvorstandswahl.) Von den sieben Bewerbern um die Stelle des Stadtvorstands in Eßlingen ist der Rechtsanwalt Dr. Hofmeister-München zurückgetreten, weil er entgegen seiner Erwartung seine Position in München noch nicht endgültig lösen kann. Die Bewerbervorstellung findet am kommenden Samstag, 9. November, nachmittags, in Kugels Festsaal statt. Da Eßlingen seit 33 Jahren keine Stadtvorstandswahl gehabt hat, dürfte die Beteiligung an der Wahl sehr stark werden.

Geislingen, 6. November. (Zur Stadtvorstandswahl.) Reg.-Rat Dr. Müller-Eßlingen hat seine Bewerbung um die Stadtvorstandsstelle zurückgenommen. Damit bleiben nur noch zwei Kandidaten für den Endkampf übrig.

Marbach a. N., 6. Nov. (Schillergedenktag). Am 10. November jährt sich zum 170. Mal der Geburtstag Schillers. Die übliche Gedenkfeier findet hier mit Rücksicht auf die Schulen schon am 9. Nov. statt. Abends wird das Schillerhaus beleuchtet, am Sonntag die Schillerglocke geläutet.

Friedrichshafen, 6. November. (Nochmalige Verschiebung der Schweizer Fahrt.) Laut Mitteilung der Hapag ist die für Donnerstag geplante Schweizerfahrt des „Graf Zeppelin", die schon einmal verschoben worden war, wegen dunstigen Wetters auf Samstag verschoben worden.

Gmünd, 6. Nov. (Halbjahrs-Abrechnung — Bedenkliche Aussichten). In der letzten Gemeinderatssitzung legte der Stadtvorstand, Oberbürgermeister Lüllig, dem Gemeinderat eine Halbjahresübersicht über die Ergebnisse des Etatsjahres 1929/30 vor. Nach einer Darstellung der Ausgaben im einzelnen kommt der Bericht zu dem Ergebnis, daß nach dem Abschluß des Haushaltplanes unter Berücksichtigung der Restmittel voraussichtlich ein ungedeckter Abmangel von 111300 Mk. verbleiben werde. Der Bericht des Stadtvorstands bemerkt dazu: Eine Erhöhung der Umlage wäre somit an sich notwendig, da unerwartete Mehreinnahmen wie im Vorjahr ausgeschlossen sind. Angesichts der trüben Aussichten, die die Wirtschaftslage in Gmünd durch die schon eröffneten Konkurse, die eingeleiteten Vergleichsverfahren und noch kommenden Zahlungseinstellungen und Betriebseinschränkungen mit den dadurch verursachten Arbeiterentlassungen bietet, ist aber eine Erhöhung ausgeschlossen. Es müsse deshalb um eine möglichst hohe Zuwendung aus dem Ausgleichsstock und Schullastenfonds nachdrücklichst nachgesucht und im übrigen das Ergebnis der Schlußabrechnung abgewartet werden.

Aalen, 6. Nov. (Aerzte und Ortskrankenkasse.) Der Württ. Aerzteverein e. V. schreibt: Die allgemeine Ortskrankenkasse Aalen hat entgegen der zwischen dem Württ. Aerzteverband und der Arbeitsgemeinschaft der württ. Krankenkassenverbände seit vielen Jahren getroffenen Vereinbarung, gegenseitige Angriffe in der Oeffentlichkeit zu unterlassen, an die dortigen Kassenmitglieder und deren Angehörige die bekannte Lehmannsche Streitschrift „Sünde wider das Volk" auf Kassenkosten zur Verteilung gebracht, eine Streitschrift, die von Uebertreibungen, Unrichtigkeiten und unberechtigten, verallgemeinerten

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Angriffen gegen die Aerzteschaft droht. Der Württ. Aerztverband wird ungesäumt gegen den Geschäftsleiter der Allg. Ortskrankenkasse Aalen bei der vorgesetzten Aufsichtsbehörde Beschwerde erheben.

Künzelsau, 6. Nov. (Petri Heil). Max Bauer gelang es, bei der Kocherbrücke einen Hecht mit dem schönen Gewicht von 15 Pfund an der Angel zu fangen.

Baden.

Ettlingen, 6. Nov. Bei Ausfahrt des Güterzuges 6856 kurz nach 12 Uhr aus dem Bahnhof Ettlingen stieß dieser mit einem Bahnmeisterwagen zusammen. Der Bahnmeisterwagen, der mit Schienen beladen war, brachte die Lokomotive des Güterzuges zur Entgleisung. Verletzt wurde niemand. Das Hauptgleis Karlsruhe—Rastatt war etwa vier Stunden gesperrt.

Offenburg, 4. Nov. Der Rechenschaftsbericht der Stadt Offenburg für das Jahr 1928 schließt mit einem Fehlbetrag von 15 818,91 RM. ab. Die Ursache liegt bei der Fürsorgekasse. Diese erfordert gegenüber dem Voranschlag einen Mehrzuschuß von 122 000 Mark infolge der großen Arbeitslosigkeit im letzten Winter. Die Mehreinnahmen verschiedener voranschlagsgemäßen Positionen brachten es mit sich, daß der Fehlbetrag gegenüber den Mehrausgaben der Fürsorge verhältnismäßig gering ist.

Baden-Baden, 6. Nov. In der Stadtrat-Sitzung, die heute vormittag um 10 Uhr stattfand, wurde der schon lange geplante Rücktritt des Oberbürgermeisters Fieser auf 1. Januar festgesetzt und angenommen.

Heidelberg, 6. Nov. Die Angestelltengewerkschaften in Weinheim und Heidelberg haben die Tarife im Einzelhandel per 30. November gekündigt. In Heidelberg ist außerdem der Tarif für das Zeitungsgewerbe gekündigt. Die Unternehmer in beiden Städten haben das Zustandekommen neuer Verhandlungen abgelehnt im Hinblick auf die schlechte wirtschaftliche Lage in diesen Gewerben. Die Gewerkschaften haben beschlossen, den Schlichter für Baden anzurufen.

Vermischtes.

Rückkehr aus der Fremdenlegion. Nach ungefähr zehnjährigem Aufenthalt in der französischen Fremdenlegion ist dieser Tage ein Sohn der Gemeinde Empfingen in Hohenz., Josef Hek, in seine Heimat zurückgekehrt.

Eisenbahn-Unglück von Siegelsdorf. Am Dienstag begann vor dem Erweiterten Schöffengericht Fürth, das wegen ungünstiger Raumverhältnisse seine Tätigkeit in den Fürther Rathaussaal verlegt hat, der Riesenprozeß wegen des Eisenbahnunglücks von Siegelsdorf am Morgen des 10. Juni 1928. Angeklagte sind der 48jährige verheiratete Oberbahnmeister Alfred Stuhlfaty, der 47jährige verheiratete Rottenführer Gg. Volland und der 61jährige verheiratete Oberbahnwärter Joh. Geller, sämtlich in Siegelsdorf wohnhaft. Die Anklage legt ihnen zur Last, daß sie durch Fahrlässigkeit und Außerachtlassung der ihnen obliegenden Sorgfaltspflicht den Tod von 21 Menschen und weiter die Körperverletzung von 118 Personen verschuldet haben. 230 Zeugen und 17 Sachverständige sind zu der Verhandlung geladen. Nach der über 100 Seiten starken Anklageschrift entgleiste der Schnellzug D 17 bei der Ausfahrt aus der Station Siegelsdorf. Als die Lokomotive auf gerader Strecke schon aus den Schienen gesprungen war, sei kurz darauf die eigentliche Entgleisung innerhalb eines Gleisbogens erfolgt. Beim Absturz von der Böschung sei das Dampfspeiserohr der Maschine gebrochen, wodurch der kochend heiße Dampf in den über der Lokomotive liegenden Personenwagen eingedrungen sei und die Fahrgäste verbrüht habe, so daß sie unter qualvollen Schmerzen starben. Die Ursache der Entgleisung sieht die Anklageschrift in der schlechten Gleisanlage und der Nichtbeachtung wichtiger Vorschriften des Sicherheitsdienstes. Die Gleisanlage an der Unglücksstelle sei schon stets ungünstig und die Kurve, an der sich die Katastrophe ereignet habe, schon von jeher ein „Sorgenkind der Bahnmeisterei" gewesen. Die Regulierungsarbeiten sollen nach der Anklageschrift den allgemeine Anforderungen und Dienstvorschriften nicht entsprochen haben. Der Hauptsachverständige der Staatsanwaltschaft, Professor Halter, München, neige der Anschauung zu, daß die schlechte Gleisanlage die Ursache des Unglücks war. Sieben Stunden vor dem Unglück sei der Schnellzug D 5 mit 80 Kilometer Geschwindigkeit über die fragliche Stelle gefahren. Dabei seien die Erschütterungen so heftig gewesen, daß Zugführer, Schaffner und Postbeamte schon mit dem Schlimmsten gerechnet hätten. Meldung hierüber sei nicht erstattet worden. Die Geschwindigkeit des Unglückszuges sei, so erwähnt die Anklageschrift, nicht unzulässig hoch gewesen. Zu Beginn der ersten Sitzung ermahnte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Bub, besonders eindringlich die Sachverständigen zur unparteiischen Abgabe ihres Gutachtens. Auf Grund des Paragraphen 261 der Strafprozeßordnung gab er vor dem Eintritt in die eigentliche Verhandlung ausdrücklich bekannt, daß die Grundlage des Urteils nur aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme entnommen werden dürfe und daß der Eröffnungsbeschluß in keiner Weise vorgreifen wolle und sich nur über die Verdachtsmomente auslasse, die die Voruntersuchung ergeben habe. Es folgte dann die Verlesung der Anklageschrift. Für den heutigen ersten Verhandlungstag waren insgesamt vier Zeugen und zwei Kriminalbeamte geladen. Es ist vom Gericht so eingerichtet worden, daß die Zeugen immer gruppenweise auf einzelne Tage verteilt sind.

Verwegener Raubüberfall auf ein Juweliergeschäft. Dienstag abend wurde auf ein Juweliergeschäft in München-Gladbach ein Wildwestüberfall ausgeführt. Gegen 8 Uhr fuhr ein Motorrad vor dem Juweliergeschäft vor. Der Mitfahrer stieg, während der Motor der Maschine weiterlief, ab und zerschlug mit einem Hammer die große Scheibe. Hierbei flog der Hammer in die Auslagen hinein, so daß der Räuber ihn nicht mehr erreichen konnte. Inzwischen waren Straßenpassanten auf den Vorfall aufmerksam geworden. Der Motorradfahrer hielt sie mit einem Revolver in Schach, während sein Helfershelfer mit einer Aktentasche die Scheibe vollends zerschlug und in die Tasche etwa 30 Brillantringe einpackte. In der einen Hand die Beute, in der anderen die schußbereite Waffe, gelangte er wieder zum Motorrad und fuhr mit seinem Genossen unter Schreckschüssen auf die Verfolger davon. Das Alter der Verbrecher wird auf 21 bezw. 27 Jahre geschätzt.

Ein Millionenbetrüger vor Gericht. Wie erinnerlich, erregten vor 1½ Jahren in Berlin die Betrügereien des Kaufmanns Rudolf Carbone großes Aufsehen, der es verstanden hatte, die Liechtensteiner Landesbank in Vaduz um einen Betrag von über zwei Millionen Franken zu schädigen. Carbone, der einer bekannten Schweizer Familie entstammt, die noch heute in Ueberse großes Ansehen genießt, und dessen Vater als Erfinder einen geachteten Namen besaß, hatte in Berlin eine Import- und Exportgesellschaft gegründet, die jedoch nicht florierte, hauptsächlich deshalb, weil Carbone seine ganze Zeit sportlicher und gesellschaftlichen Betätigung widmete. So geriet sein Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten und nach mehreren mißglückten Versuchen, bei Berliner Bankunternehmungen einen größeren Kredit zu erhalten, verstand es Carbone, von den Direktoren der Liechtensteiner Landesbank in Vaduz, denen seine Familie gut bekannt war, einen Kredit von über zwei Million Franken gegen Hergabe von Wechseln zu erhalten. Die Akzepte gingen dann zu Protest und Carbone, der inzwischen auch versucht hatte, die Güter des Prinzen Cyrill zu realisieren, flüchtete unter Hinterlassung einer Schuldenlast von etwa 2,5 Millionen RM. nach Ungarn. Er wurde in Budapest verhaftet und später auf Antrag von Liechtenstein nach Vaduz ausgeliefert. Dort soll jetzt Ende November die Verhandlung vor dem Schwurgericht gegen ihn stattfinden.

Er liebte das Feuersignal. Im vergangenen Sommer war die Ortschaft Rodersdorf (Oberlausitz) durch einen Brandstifter beunruhigt worden, der dort sein Unwesen trieb, ohne daß es gelang, ihm auf die Spur zu kommen. Die Landwirte stellten schließlich in den Nächten besondere Brandwachen auf, jedoch ohne Erfolg. Am vergangenen Samstag gelang es nun den eifrigen Bemühungen der Landjägerei und der Landeskriminalpolizei, den 15jährigen Sohn des Landwirts Wiedmer zu verhaften, der im Verdacht stand, den letzten Brand, bei dem ein Anwesen vernichtet worden war, verursacht zu haben. Der Verhaftete hat jetzt nach eingehendem Verhör das Geständnis abgelegt, sämtliche Brände während der Sommermonate allein angelegt zu haben. Er gab an, an den Bränden Spaß gehabt zu haben, insbesondere habe er die Feuerhörner so gern blasen hören. Wiedmer hat schon in kaum schulpflichtigem Alter beim Spielen mit Streichhölzern die Scheune seiner Eltern in Brand gesteckt, so daß sie eingeäschert wurde. Durch das Geständnis des Verhafteten ist u. a. ein Landwirt gerechtfertigt, der unter dem Verdacht der Brandstiftung bereits in Haft genommen worden war.

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, über frühere Angestellte Auskunft zu erteilen. Das Landesarbeitsgericht Gleiwitz stellt in einer Entscheidung fest, daß eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Auskunftserteilung über frühere Angestellte nicht bestehe. Da es an einer gesetzlichen Bestimmung, aus der sich eine Auskunftspflicht ergeben könnte, fehle, könne der Arbeitgeber die Auskunft verweigern. Erteile er aber Auskunft, so dürfe diese nicht unrichtig sein. Unrichtig könne die Auskunft auch dadurch werden, daß bei der Auskunftserteilung bestimmte Formen nicht beantwortet würden. Erteile z. B. der Arbeitgeber eine Auskunft, lasse er aber die einfache und klare Frage nach der Ehrlichkeit des betr. früheren Angestellten unbeantwortet, so werde der Fragende daraus schließen müssen, daß diese Frage nicht mit „Ja" beantwortet werden könne. Daraus könne eine Schadensersatzpflicht des früheren Arbeitgebers dem Angestellten gegenüber entspringen, wenn der Zusammenhang zwischen der Auskunft und Nichteinstellung nachgewiesenen sei.

Ein schwedischer Skandalprozeß. Selten hat ein Strafprozeß, soweit es sich nicht um einen Mord handelte, so großes Aufsehen in Schweden erregt, wie das gerichtliche Verfahren gegen den Stockholmer Bürodirektor Lindquist und seiner Frau wegen Mißhandlung der Kellnerin Fräulein Forsman in Norrköping. Die Verhandlung nahm unter ungeheurem Andrang des Publikums ihren Anfang vor dem Stockholmer Gericht. Direktor Lindquist, der früher in Beziehungen zu Fräulein Forsman gestanden hatte, glaubte, daß sie seine Frau wiederholt durch anonyme telephonische Anrufe gegen ihn aufgehetzt und gleichzeitig Erpressungsversuche unternommen hatte. Er verabredete mit seiner Frau, Fräulein Forsman eine Lektion zu erteilen. Er lud sie zu einer nächtlichen Autofahrt in die Umgegend von Norrköping ein. Ohne daß Fräulein Forsman darum wußte, befand sich auch Frau Lindquist im Auto unter Decken verborgen. Als man im Walde angekommen war, kam die Frau hervor, und das Ehepaar mißhandelte Fräulein Forsman in brutalster Weise durch Peitschenhiebe und Knebelung. Lindquist gibt an, er sei überzeugt davon gewesen, daß die Erpressungsversuche von Fräulein Forsman ausgingen, weswegen er und seine Frau geglaubt hätten, daß die Ueberfallene keine Anzeige bei der Polizei erstatten werde. Frau Lindquist sagt aus, daß sie vor Wut die Besinnung fast verloren habe. Sie gibt zu, daß sowohl sie als auch ihr Mann Fräulein Forsman ausgepeitscht haben. Zur Begründung führt sie an, daß man sie jahrelang verfolgt habe. Der Staatsanwalt wird erst in einer Woche seine Anklage formulieren, da die Mißhandlungen Fräulein Forsmans und der Geisteszustand der Frau Lindquist untersucht werden soll. Inzwischen hat das Ehepaar, als es erkannte, daß Fräulein Forsman an den Telephonanrufen keinen Anteil hatte, 10 000 Kronen als Schmerzensgeld an sie gezahlt. In Norköpping sollen, so melden die schwedischen Zeitungen, alle Hunde- und Reitpeitschen in den in Betracht kommenden Geschäften ausverkauft sein. Die Einwohnerschaft scheint von dem Wunsche beseelt zu sein, dem Ehepaar Lindquist, das in Stockholm eine angesehene Stellung einnimmt, bei der Entlassung aus dem Gefängnis einen Denkzettel zu geben.

Weitere Angaben über den geplanten Trans-Pacific-Zeppelin-Verkehr. Associated Preß meldet aus Akron: Der Präsident der Goodyear-Zeppelin Comp., Litchfield, teilte in Ergänzung seiner kürzlichen Erklärungen über die Gründung einer Pacific-Zeppelin-Transport-Gesellschaft mit, die Gesellschaft lasse zwei der größten Zeppeline der Welt bauen, die 1931 für einen regelmäßigen Flugverkehr Südkalifornien—Philippinen in Dienst gestellt werden sollen. Jedes dieser Luftschiffe wird 6 500 000 Kubikfuß Heliumgas Inhalt haben und 80 Fahrgäste, sowie 10 Tonnen Post und Fracht befördern können. Das Bauprogramm einschließlich der Errichtung neuer großer Luftschiffhallen in Akron und in Südkalifornien sowie von Ankermasten auf Hawai und auf den Philippinen erfordert 15 Millionen Dollar. Bis zur Vollendung der neuen Zeppelin im Jahre 1932 erwartet Litchfield den Bau einer neuen Luftschiffhalle auch an der Küste des Atlantischen Ozeans für die Transatlantik-Zeppelin-Flüge.

Zwei Städte durch Lava zerstört. Wie aus Guatemala gemeldet wird, sind die Städte Finca und El Patrocinio mit ihrer gesamten Bevölkerung von der Lava und der glühenden Asche des Vulkans Santa Maria begraben worden. Bis jetzt konnten erst 27 Leichen freigelegt werden. Die Rettungsarbeiten des Militärs, des Roten Kreuzes und der freiwilligen Feuerwehr wurden durch den starken Regen sehr behindert. Die Ausbrüche des Vulkans sollen außerordentlich stark gewesen sein, sodaß die Lava und Asche weite Gebiete des Landes bedecken. In Quezaltenango verursachte der Ausbruch eine große Panik. Die Einwohner hielten sich zur Räumung der Stadt bereit, die vor 27 Jahren bei dem letzten Ausbruch des Vulkans gänzlich zerstört wurde.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 4. Nov. (Saatenstand in Württemberg zu Anfang November.) Landesdurchschnitt (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering). Winterweizen 2,9, Winterdinkel 3,0, Winterroggen 2,8, Wintergerste 2,8. Die trockene Witterung, die den ganzen Monat September hindurch gedauert hatte, hielt bis tief in den Monat Oktober hinein an; erst in der zweiten Oktober-Hälfte erfolgten kräftige Niederschläge. Infolgedessen hat sich die Bestellung der Wintersaaten sehr lange hingezogen; selbst in den milderen Landesgegenden war sie zu Anfang November noch nicht ganz beendet. Der Stand der bereits aufgelaufenen Saaten ist, soweit sie nicht durch die häufig stark auftretenden Feldmäuse Schaden gelitten haben, ein befriedigender. Auch bei den späten Saaten darf, da der Boden noch warm ist, ein baldiger Auflaufen und eine günstige Entwicklung erwartet werden.

Pforzheim, 4. Nov. (Nutzviehmarkt.) Auftrieb 27 Stück Großvieh und 2 Kälber, darunter ein Ochse, 12 Kühe, 4 Kalbinnen, Jungrinder und 2 Kälber. Verkauft wurden Kühe zu 345, 400, 437, 440 und 540 Mark, Kalbinnen zu 520 und 560 Mark, Jungrinder zu 227, 230, 250 und 327 Mark. Zwei Kühe mit Kalb blieben unverkauft. Der Handel war etwas lebhafter. Für alle Tiere müssen am Eingang Gesundheitszeugnisse vorgezeigt werden, dies gilt auch für hiesige Tierhalter. Der nächste Nutzviehmarkt findet am Montag den 2. Dezember auf dem Viehmarktplatz beim alten Schlachthof statt. Der Auftrieb der Tiere erfolgt nur von der Hammerstraße aus.

Pforzheim, 4. Nov. (Pferdemarkt.) Auftrieb: 124 Pferde, darunter 2 Fohlen. Vorwiegend waren Pferde aus der Landwirtschaft zugeführt. Der Handel war etwas bewegter. Verkauft wurden Schlachtpferde zu 40—100 Mark, leichte Arbeitspferde kosteten 150 bis 500 Mark, Pferde mittleren Schlages 600—900 Mark, schwere Pferde 1000—1400 Mark. Beste Tiere über Notiz. Am Eingang des Marktplatzes sind für Händlerpferde Gesundheitszeugnisse vorzuzeigen. Der nächste Pferdemarkt findet am Montag den 2. Dezember statt.

Karlsruhe, 4. Nov. (Viehmarkt.) Zufuhr: 1626 Stück Vieh, darunter 35 Ochsen, 58 Bullen, 40 Kühe, 131 Färsen, 78 Kälber, 1284 Schweine. Bezahlt wurden je Ztr. Lebendgewicht für: Ochsen 45—57 Mk., Bullen 42—49, Kühe 42—46, Färsen 47—61, Kälber 63—85, Schweine 69—91 Mark. Bestes Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberstand. Bei Kälbern langsam, geräumt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 6. Novbr. Wegen Verrats militärischer Geheimnisse hatten sich am 30. und 31. Oktober in nichtöffentlicher Verhandlung vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts der ledige Kaufmann H. von Ulm und der ledige Chauffeur J. von Zürich zu verantworten. Beide sind deutsche Staatsangehörige und mehrfach vorbestraft. Sie haben sich im Frühjahr ds. Js. vom französischen Nachrichtendienst gegen Entgelt zur Ausspähung der Reichswehr verwenden lassen und sind in Stuttgart auf frischer Tat festgenommen worden. H. hat früher in der französischen Fremdenlegion gedient und sich dann in der Heimat wieder Betrügereien zuschulden kommen lassen. Beide Angeklagten wurden je wegen eines vollendeten Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt und zwar H. unter Einrechnung einer wegen Rückfallbetrugs verwirkten Gefängnisstrafe zu der Gesamtzuchthausstrafe von drei Jahren sechs Monaten, J. zu der Zuchthausstrafe von zwei Jahren zwei Monaten, wobei je fünf Monate 14 Tage Untersuchungshaft zur Anrechnung kamen. Außerdem wurden beiden Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Der Wert des von den Franzosen erhaltenen Entgelts wurde für dem Staat verfallen erklärt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Langenselbold (Kreis Hanau), 6. Nov. Das englische Großflugzeug „City of Pretoria", das sich auf einem Flug von Köln nach Nürnberg befand und mit einem Piloten und zwei Fluggästen besetzt war, verirrte sich im Nebel und mußte hier auf einer Wiese nahe der Kinzig notlanden. Die Landung ging ohne Schaden vor sich, doch war die Verständigung mit der hilfsbereiten Landbevölkerung sehr schwierig, da die Engländer kein Wort deutsch verstanden.

Dessau, 6. Nov. Das neue Junkersgroßflugzeug „G 38" unternahm am Mittwoch nachmittag seinen ersten glänzend gelungenen Probeflug. Kurz vor 15.30 Uhr startete die Maschine, flog über Dessau hinweg und dann in kilometerweitem Bogen um Dessau herum. Nach einviertelstündigem Fluge ging sie auf dem Flugplatz bei Dessau nieder. Die Junkers-Motoren-Anlage mit neuartigem Antrieb der Propeller arbeitete einwandfrei. Der Flug wurde ausgeführt von den beiden Flugzeugführern Schinzinger und Zimmermann.

Berlin, 6. Nov. Wenn der Reichstag wieder zusammentritt, wird aller Voraussicht nach auch das Reichskabinett wieder vollzählig sein. Wie es heißt, soll die endgültige Ernennung des Ministers Curtius zum Außenminister in den nächsten Tagen bevorstehen. An seine Stelle wird ein anderer volksparteilicher Abgeordneter das Reichswirtschaftsministerium übernehmen. Die „Germania" nennt als Kandidat Dr. Albrecht.

Berlin, 7. Nov. Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin gegen den Stadtrat Beneke und Stadtamtsrat Sakolowsky das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Entfernung aus dem Amt eingeleitet.

Berlin, 6. Novbr. An die Serie der großen Berliner Betrugsaffären reiht sich ein neuer Fall, mit dem sich heute vormittag die Berliner Kriminalpolizei beschäftigte. Der Tuchgroßhändler Müller aus der Kaiser Wilhelm-Straße ist nach Hinterlassung einer Schuldenlast, die in die Millionen geht, flüchtig geworden. Bisher ist es noch nicht möglich gewesen, den Aufenthaltsort des Flüchtigen zu ermitteln.

Berlin, 6. Nov. In der Voruntersuchung wegen der Bombenanschläge sind die für die Beschuldigten Alfred Pünjer und Gustav Wäschke eingelegten Haftbeschwerden durch Beschluß der dritten Strafkammer des Landgerichts 1 vom 3. November 1929 verworfen worden.

Berlin, 6. Nov. Da Landgerichtsrat Dr. Rosemann mit seinen Arbeiten vollkommen beschäftigt ist, steht die Ernennung eines zweiten Untersuchungsrichters bevor, der den Komplex „Bestechung", der passiven sowohl wie der aktiven, bearbeiten soll.

Berlin, 6. Novbr. Zu den Behauptungen verschiedener Blätter, daß die deutsche Regierung mit der Unterstützung der aus Rußland nach Canada auswandernden deutsch-stämmigen Bauern zögere, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Reichsregierung bisher alles getan hat, um das Los der Auswanderer zu erleichtern. Die Reichsregierung wird auch weiter bemüht bleiben, für die Unterbringung der Auswanderer in Deutschland Sorge zu tragen, bis die Entscheidung der kanadischen Regierung über die Einwanderungsgenehmigung gefällt ist. Weiter wird die Reichsregierung alles in ihrer Macht stehende versuchen, um die anscheinend geplante Abschiebung der noch in Rußland weilenden Auswanderer nach Sibirien zu verhindern.

Wilhelmshaven, 6. Nov. Mittwoch vormittag wurde in Wilhelmshaven nach einer Ansprache des Kommandanten der neue Kreuzer „Karlsruhe", der von Kiel nach hier zur Ausrüstung und Uebergabe an die Marine gefahren war, in Dienst gestellt. Damit hat die Reichsmarine einen zweiten, modernen Schulkreuzer neben der „Emden", der bestimmt ist, im Auslande die deutsche Flagge zu zeigen.

Memel, 6. Nov. Wie aus Kowno gemeldet wird, hat das Kriegsgericht zehn Mitglieder des Studentenverbandes Ausra (Sozialrevolutionäre) wegen Vorbereitung eines Attentates auf den Innenminister zum Tode verurteilt. Das Gericht hat jedoch die Todesstrafe in lebenslängliche Kerkerhaft umgewandelt. Die anderen Angeklagten, darunter eine Lehrerin an einem Kownoer Gymnasium, der jugendliche Dichter Montvila und im übrigen jugendliche Studenten und Gymnasiasten wurden zu 6 bis 15 Jahren Kerker verurteilt.

Königshütte, 6 Novbr. Der für heute angekündigte 24stündige Proteststreik der Eisen- und Metallhütten, sowie der weiterverarbeitenden Industrie hat, wie die Gewerkschaften mitteilen, in vollem Umfange eingesetzt. In den Betrieben werden lediglich Notstandsarbeiten verrichtet. — Der 24stündige Proteststreik in der ostoberschlesischen Schwerindustrie — wie von Gewerkschaftsseite mitgeteilt wird, wurden 44 400 Arbeiter vom Streik erfaßt — verlief vollständig ruhig.

Innsbruck, 6. Nov. Innerhalb von weniger als 24 Stunden haben sich bei dem Bau des großen Wasserkraftwerkes im Illertal bei Steinsprengungen zwei schwere Explosionskatastrophen ereignet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die insgesamt sechs Tote und vier Schwerverletzte forderten. Das erste Unglück entstand dadurch, daß gestern durch das Vortreiben eines Bohrloches eine in einem benachbarten alten Bohrloch steckengebliebene Dynamitpatrone angebohrt und zur Explosion gebracht wurde. Drei Arbeiter wurden dabei getötet, zwei schwer verletzt. Das zweite Unglück ereignete sich auf ähnliche Weise heute früh. Einzelheiten fehlen noch.

Budapest, 6. Nov. Auf dem König Karl-Ring im Zentrum der Stadt steht seit heute vormittag 11 Uhr ein sechs Stock hohes Palais, in welchem sich seinerzeit der Klub der Tisza-Partei befand, in hellen Flammen. Die Feuerwehr ist zur Stelle. In den Straßen stockt der Verkehr. Die Türme und die große Kuppel sind eingestürzt.

Rom, 6. Nov. Der bisherige italienische Botschafter bei der Türkei, L. Orsini-Baroni, ist nach einer Meldung der Agentur Stefani als Nachfolger des Botschafters Graf Aldrovandi-Marescotti nach Berlin versetzt worden. Graf Aldrovandi wird zur Verfügung des Ministeriums des Auswärtigen gestellt. Nach Angora kommt an die Stelle Orsini-Baronis der italienische Botschafter in Tokio, Aloisi.

Paris, 6. Nov. Die radikale Kammerfraktion hat in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen, gegen die Regierung zu stimmen und für diese Abstimmung Fraktionszwang auszuüben.

London, 6. Nov. Bei dem Vulkanausbruch in Guatemala wurden nach bisheriger Schätzung 300 Personen getötet und 200 verletzt.

Peking, 6. Nov. Das Kriegsgericht verurteilte wegen der Ausschreitungen der Rikschaführer am 22. v. M. vier Angeklagte zum Tode. Das Urteil wurde heute in Gegenwart einer ungeheuren Menschenmenge durch Erschießen vollstreckt. Der Straßenbahnverkehr ist auch heute noch nicht wieder aufgenommen.

Abschaffung des Schultheißen-Titels.

Stuttgart, 6. Nov. In der Mittwochsitzung des Landtags wurde die dritte Lesung der Gemeindeordnung fortgesetzt. Die Beratung brachte zunächst weder wesentliche Erörterungen noch Beschlüsse von größerer Bedeutung. Man erledigte die Artikel 72—79 in der Hauptsache nach den früheren Beschlüssen. In Artikel 80 ist bestimmt, daß bei einer Wiederwahl die Amtszeit des Ortsvorstehers den Zeitraum von 15 Jahren umfaßt. Hier wurde ein Antrag Schuler (Soz.), die Amtszeit auch bei der Wiederwahl nur 10 Jahre dauern zu lassen, mit 11 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Besonders wichtig war der Art. 90, der die Amtsbezeichnung der Ortsvorsteher regelt, die nach den bisherigen Beschlüssen in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern Oberbürgermeister, in den übrigen Städten Stadtschultheiß und in den Landgemeinden Schultheiß sein soll. In der Aussprache erklärte sich der Abg. Rößner (Soz.) für den Bürgermeister für alle Gemeinden unter Abschaffung des Oberbürgermeisters. Besonders stark setzte sich der Abg. Rath (D. Vp.) für die Abschaffung des Schultheißentitels ein, während sich der Abg. Mergenthaler (N.S.) gegen die Absicht wandte, die im Volk beliebte Bezeichnung Schultheiß fallen zu lassen. Der Abg. Bock (Ztr.) wünschte für die Regierung die Möglichkeit, auch für Städte, die weniger als 20 000 Einwohner haben, den Titel Oberbürgermeister zu verleihen. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag, wonach die Amtsbezeichnung in allen Fällen Bürgermeister sein soll, mit 26 gegen 32 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt und darauf der Antrag Rath (D. Vp.), der den Schultheiß und Stadtschultheiß durch den Bürgermeister ersetzt, mit übergroßer Mehrheit gegen wenige Stimmen der Rechten und des Zentrums (darunter die Minister Dr. Bolz und Dr. Bazille) angenommen. **Damit ist das Schicksal des Schultheißen-Titels für Württemberg besiegelt und es gibt in Zukunft nur noch Bürgermeister und Oberbürgermeister.** Im übrigen gelangte man bei der Beratung noch bis zu Artikel 102a. Morgen Fortsetzung der Beratung.

Zoeppritz und Württembergische Notenbank.

Stuttgart, 6. Nov. Die Abgeordneten Winker und Ulrich (Soz.) haben im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: „In einer Mitteilung an die Presse hat die Württ. Notenbank bekanntgegeben, daß sie der zusammengebrochenen Wollwarenfabrik Gebr. Zoeppritz in Mergelstetten insgesamt 3,5 Millionen durch Grundschuldbriefe und Waren „nach Möglichkeit" gedeckte Kredite und daneben noch einen ungedeckten Wechselkredit eingeräumt habe, dessen Höhe aber der Oeffentlichkeit verschwiegen wurde. Durch diese Kreditgewährung, insbesondere aber durch den ungedeckten Wechselkredit, wird die Notenbank einen erheblichen Verlust erleiden. Da der Staat die Mehrheit der Aktien der Notenbank besitzt, handelt es sich um den Verlust von Staatsgeldern. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Ob der Herr Finanzminister als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Notenbank von dem Bestehen des Kontos der Gebr. Zoeppritz Kenntnis gehabt hat; 2. ob die Kreditkommission der Notenbank mit der Gewährung des „nach Möglichkeit" gedeckten und ungedeckten Kredits einverstanden war, evtl. wer den Kredit eingeräumt hat; 3. ob die Vorschrift in Art. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1971 (Reg.-Blatt S. 194), betr. die Errichtung einer Notenbank, eingehalten wurde, wonach die Wechsel nicht über drei Monate laufen und in der Regel drei, in keinem Falle weniger als zwei notorisch gute Unterschriften tragen dürfen; 4. ob der Notenbank der buchmäßige neueste Status der Firma Gebr. Zoeppritz vor Gewährung der Kredite vorgelegt worden ist; 5. warum noch in den letzten Wochen, als die Firma Zoeppritz schon in finanziellen Schwierigkeiten war und andere Banken sich geweigert haben, weitere Kredite zu gewähren, die Notenbank diese weitgehenden, teilweise sogar ungedeckten Kredite eingeräumt hat; 6. ob die von der Notenbank „erst in den letzten Wochen" gewährten Kredite ganz oder teilweise zur Ablösung anderweitiger Bankverpflichtungen der Firma Zoeppritz verwendet wurden; 7. wie hoch das Gesamtguthaben der Notenbank an die Firma Zoeppritz ist, einschließlich der ungedeckten Wechselkredite; 8. wie groß voraussichtlich der Gesamtverlust der Notenbank sein wird; 9. welche Jahresbezüge der Aufsichtsratsvorsitzende und die zwei Beamten des Finanzministeriums als Aufsichtsratsmitglieder der Notenbank haben?

Zwischenfall im badischen Landtag.

Karlsruhe, 6. Nov. Der badische Landtag trat am Mittwoch vormittag zu der ersten Sitzung nach den Wahlen zusammen. Alterspräsident Habermehl (D.N.) eröffnete die Sitzung, worauf Staatspräsident Dr. Schmitt im Namen der bisherigen Regierung die Abgeordneten begrüßte und die Hoffnung auf eine gemeinsame erfolgreiche Arbeit von Regierung und Landtag aussprach. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erfolgte die Wahl des Präsidiums. Zum Präsidenten wurde Abgeordneter Dr. Baumgartner, zum Vizepräsidenten Abgeordneter Dr. Maier (Soz.) und zum zweiten Vizepräsidenten Abgeordneter Dr. Waldeck (D. Vp.) gewählt. Der zum siebten Mal gewählte Landtagspräsident Dr. Baumgartner dankte für seine Wiederwahl und widmete sodann dem verstorbenen Prinzen Max von Baden, dem langjährigen Präsidenten der badischen ersten Kammer, einen herzlichen Nachruf. Bei der Gedenkrede des Landtagspräsidenten für Prinz Max haben die Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal verlassen. Die Kommunisten erhoben sich nicht von ihren Plätzen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Maier stellte diese Tatsache mit Bedauern und dem Hinweis fest, daß bisher keine Partei des Landtags vor der Majestät des Todes Parteiunterschiede gemacht habe. Abgeordneter Dr. Schmitthenner erklärte namens der deutschnationalen Fraktion, sie versage den Angehörigen des Prinzen Max keineswegs das menschliche Beileid, jedoch handle es sich hier um eine politische Aktion. Zudem stehe Prinz Max im Mittelpunkt des Parteikampfes. Der Zentrumsführer Prälat Schofer wies darauf hin, daß es im Landtag bestimmte ungeschriebene Gesetze gebe, die man im allgemeinen heilig halten müsse.

Rechtsausschuß des Reichstags.

Berlin, 6. Nov. Im Rechtsausschuß des Reichstags stand die Reform über die rechtliche Stellung der unehelichen Kinder zur Behandlung. Die Zentrumsmitglieder waren nicht erschienen. Infolgedessen entspann sich zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Abg. v. Freytagh-Loringhoven (D.N.) und Hanemann (D.N.) wiesen auf den allgemeinen Brauch hin, daß Ausschüsse nicht zu tagen pflegten, wenn eine große Partei im Ausschuß nicht vertreten sei. Auch scheine die Regierungskoalition sehr ins Wanken geraten zu sein, wenn eine große Regierungspartei, wie das Zentrum, plötzlich seine Mitarbeit einstelle. Der Gesetzentwurf über die unehelichen Kinder und die Annahme an Kindesstatt wurde noch unter Reichsjustizminister Koch-Weser dem Reichstag zugeleitet. Ministerialrat Brandis (Reichsjustizministerium) begründete eingehend den Gesetzentwurf. Als in besonderem Maße verbesserungsbedürftig wird die Regelung der sogenannten Mehrverkehrsfrage (1717 B.G.B.) bezeichnet. In der Tat stellt der Umstand, daß ein Kind, dessen Mutter in der Empfängniszeit mit mehreren Männern geschlechtlich verkehrt hat, von keinem dieser Männer Gewährung von Unterhalt verlangen kann, eine schwere, sachlich nicht gerechtfertigte Härte für das Kind dar. Ferner sind Fälle bekannt, in denen Männer, um sich die Einrede zu sichern, die von ihnen geschlechtlich gebrauchte weibliche Person durch Hinterlist oder Anwendung geistiger Getränke dahin zu bringen, sich noch einem anderen Manne hinzugeben. Alle diese Gesichtspunkte drängen auf Einführung einer Unterhaltspflicht der Mehreren, oder eines von ihnen. Weiter berührt der Regierungsvertreter auch die Mängel des gegenwärtigen Rechtszustandes hinsichtlich der elterlichen Gewalt, der Ehelichkeitserklärung und der Annahme an Kindesstatt. § 1705 B.G.B. soll nach der Regierungsvorlage durch eine Vorschrift ersetzt werden, wonach das uneheliche Kind im Verhältnis zu der Mutter und zu den Verwandten der Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes haben soll. Die Kommunisten beantragten, daß das uneheliche Kind im Verhältnis zum Vater und zur Mutter und zu den Verwandten von Vater und Mutter die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes haben soll. Die Sozialdemokraten schlossen sich diesem Antrag an. Von seiten der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei wurde darauf hingewiesen, daß mit der Annahme dieses Antrags prinzipiell eine völlige rechtliche Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen Kinde erfolge. Hiernach würden die meisten Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs überflüssig, denn, wenn die unehelichen Kinder den ehelichen gleichgestellt würden, so gäbe es eben keinen Unterschied mehr. Die Deutschnationalen hatten beschlossen, sich prinzipiell der Stimme zu enthalten, solange die Vertreter des Zentrums im Ausschuß nicht anwesend sind. Der Antrag hatte also Aussicht auf Annahme. Die Sozialdemokraten beantragten nunmehr, daß über den kommunistischen Antrag erst abgestimmt werden solle, nachdem der Ausschuß über die übrigen Bestimmungen beschlossen habe. Der sozialdemokratische Antrag auf Vertagung der Abstimmung wurde mit 9 gegen 6 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. §§ 1705a und 1705b über die Feststellung der Vaterschaft wurden im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. — Weiterberatung Donnerstag.

Fraktionsführerbesprechung beim Reichskanzler.

Berlin, 6. Nov. In der heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Fraktionsführerbesprechung herrschte darüber Einigkeit, daß dem Aeltestenrat des Reichstags die Einberufung des Reichstags für den 27. Nov. vorgeschlagen werden soll. In dieser Tagung soll zuerst neben anderen dringenden Aufgaben, wie dem Republikschutzgesetz und dem Gesetz über ältere staatliche Renten (Standesherrengesetz) das Volksbegehren beraten und verabschiedet werden. Des weiteren waren die Regierungsparteien der Ansicht, daß der Volksentscheid sobald wie möglich durchgeführt werden sollte. Die Regierung erklärte darauf, daß der Volksentscheid noch in diesem Jahre durchgeführt würde. Daraus ergibt sich, daß die von verschiedenen Seiten geäußerte Besorgnis völlig unbegründet ist, als könnte durch die weitere Behandlung des Volksbegehrens und der Volksabstimmung darüber die verfassungsmäßige Erledigung der Beschlüsse der bevorstehenden zweiten Haager Konferenz und des Youngplanes eine Verzögerung erleiden.

Für den Volksentscheid Sonntag, 15. Dezember, in Aussicht genommen.

Berlin, 7. Nov. Ueber die gestrige Besprechung der Führer der Regierungsparteien teilt das „Berl. Tageblatt" mit, daß der Volksentscheid, wenn irgend möglich, am Sonntag, 15. Dezember, stattfinden soll. Diese Beschleunigung entspricht auch einem von deutschnationaler Seite ausgesprochenen Ersuchen.

Das Zentrum nimmt wieder an den Beratungen über die Eherform teil.

Berlin, 7. Nov. In der gestrigen Besprechung mit dem Reichskanzler und Vertretern der Regierungsparteien sind, lt. „Germania" auch die Vorgänge im Rechtsausschuß anläßlich der Beratung der Ehescheidungsvorlage besprochen worden. Der Kanzler wird, dem Blatt zufolge, die maßgebenden Mitglieder des Rechtsausschusses und die Fraktionsführer der Regierungsparteien zur Erzielung einer Verständigung Freitag nachmittag zu sich bitten. Bei der durch die Bereitwilligkeit des Kanzlers veränderten Situation werden die Zentrumsmitglieder an den Beratungen des Rechtsausschusses wieder teilnehmen.

Bürgermeisterkonflikt in Berlin.

Berlin, 6. Nov. Herr Böß ist besonders schlecht beraten gewesen, als er sich am Dienstag abend auf das Gebiet der Pressepolemik begab. Von einer, dem oberbürgermeisterlichen Hause anscheinend sehr nahestehenden Seite war im „Acht-Uhr-Abendblatt" der Versuch unternommen worden, alle Schuld dem Bürgermeister Scholtz zuzuschieben. U. a. waren die Kabeltelegramme veröffentlicht worden, die Scholtz den Amerikafahrern nachgesandt hatte und daraus der Schluß gezogen: Scholtz hätte Böß unzureichend unterrichtet. Die „D. A. Z." hatte schon am Mittwoch früh behauptet, daß dieser Telegrammwechsel unvollständig wiedergegeben worden sei. In ihrem Abendblatt packt sie dann noch weiter aus und erbringt den bündigen Beweis, daß es an der Telegrammunterrichtung nicht gefehlt hat. Einen genaueren Bericht schon von Cherbourg aus habe Böß rundweg abgelehnt. Immer wieder telegraphierte Herr Scholtz dem Oberbürgermeister nach dem Newyorker Hotel, er würde ihm sämtliches Material entweder durch einen Verwandten oder durch einen Beamtenkurier nach Cherbourg schicken. Aber einmal über das andere drahtete Böß zurück: „Bitte nicht nach Cherbourg kommen. Erbitte Material nach Bremerhaven." — Eins von den psychologischen Rätseln, an denen gerade der Fall Böß so reich ist. Der Konflikt Böß-Scholtz wird auch insofern noch weitere Kreise ziehen, als laut „Berliner Tageblatt" die Volkspartei, also die Partei des Bürgermeisters Scholtz, beschlossen hat, in der Stadtverordnetenversammlung für das von den Kommunisten eingebrachte Mißtrauensvotum gegen den Oberbürgermeister zu stimmen. Dadurch ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Mehrheit für dieses Mißtrauensvotum zustande kommt, allerdings würde dieser Umstand allein für den Oberbürgermeister noch keine Notwendigkeit mit sich bringen, von seinem Amt zurückzutreten.

Herr Bruhn, den die Deutschnationalen bekanntlich im Zusammenhang mit dem Sklarek-Skandal aus der Partei ausgeschlossen haben, rächt sich jetzt damit, indem er in seiner „Wahrheit" erzählt, daß auch der deutschnationale Stadtverordnete Ganzow und der Reichstagsabgeordnete Laverrenz von den Brüdern Sklarek Geld bekommen hätten.

Prinz Max von Baden †.

Konstanz, 6. Nov. Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, ist heute früh im Alter von 63 Jahren um 5.45 Uhr gestorben.

Max Alexander Friedrich Wilhelm, Prinz (Max), einziger Sohn des Prinzen Wilhelm, geb. 10. Juli 1867, der mit dem Großherzog Friedrich II. von Baden am 22. November 1918 ausdrücklich für sich und seine Nachkommenschaft den Thronverzicht erklärte, ist seit 1900 mit einer Tochter des 1923 verstorbenen Herzogs Ernst August von Cumberland, der Prinzessin Marie Luise, verheiratet. Dieser Ehe ist die Prinzessin Marie Alexandra entsprossen, die 1924 den Prinzen Wolfgang von Hessen heiratete; ferner der 1906 geborene Prinz Berthold von Baden. Er war von 1907—1918 Präsident der Ersten Kammer, schied 1911 als Kommandeur der 28. Kavalleriebrigade aus dem aktiven Militärdienst aus, war im Weltkrieg bis Herbst 1914 im Generalstab des 14. Armeekorps an der Front, dann in der Gefangenenfürsorge tätig. Prinz Max war vom 3. Oktober bis 9. November 1918 deutscher Reichskanzler und preußischer Außenminister, führte den Vorsitz in der letzten kaiserlichen Regierung, die zugleich die erste parlamentarische Reichsregierung war. Er sah sich zur Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und Annahme der Wilsonschen 14 Punkte durch die Ende September zur Katastrophe neigende militärische Lage an der Front veranlaßt; doch rief die Form des Waffenstillstandsangebots vom 5. Oktober 1918 im Volk tiefste Bestürzung hervor, die einen Aufruf zur nationalen Verteidigung unmöglich machte. Die sich aus der Beurteilung der ständig schwankenden Lage ergebenden Meinungsverschiedenheiten zwischen politischer Reichsleitung und oberster Heeresleitung führten zur Entlassung Ludendorffs, der durch Gröner ersetzt wurde, in dem die Regierung einen geeigneten Helfer für die Vorbereitung der Kriegsbeendigung zu finden glaubte. Prinz Max war weder Wilsons Verschlagenheit noch der skrupellosen Geschäftigkeit Scheidemanns gewachsen. Er ließ am 9. November 1918 die Abdankung des Kaisers ohne dessen Genehmigung verkünden, um die Umsturzparteien zu verhindern, die Absetzung zu erklären, und so den Fortbestand der Monarchie zu ermöglichen. Am selben Tag legte er das Reichskanzleramt eigenmächtig in die Hände Eberts; den Posten eines Reichsverwesers wollte er von diesem nicht annehmen. Als der Versailler Vertrag in der Weltöffentlichkeit zur Diskussion stand, nahm Prinz Max von Baden noch einmal Stellung gegen die vernichtenden Forderungen der Gegner. Dann hörte man wenig mehr von ihm. Auf seiner Besitzung Salem am Bodensee wuchs in jahrelanger Arbeit seine Sammlung „Erinnerungen und Dokumente", die 1927 erschien und über seine Rolle während der Kriegszeit Rechenschaft gab. Damals schon war Prinz Max leidend. Er hatte einen Schlaganfall erlitten, als dessen Folge sich ein inneres Leiden herausbildete, das in langsamem Siechtum jetzt den Tod herbeigeführt hat. Er schrieb noch: „Völkerbund und Rechtsfriede" (1919), „Die moralische Offensive" (1921) u. a. Gegen ihn wandten sich besonders Graf Westarp („Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die konservative Partei" (1921) und A. Keim („Prinz Max von Baden und das Kriegskabinett" 1922).

Die Ueberführung der Leiche des Prinzen Max von Baden.

Konstanz, 6. Nov. Für den verstorbenen Prinzen Max von Baden fand heute nachmittag in der Leichenhalle des Krankenhauses, in der der Tote unter einem Wald von grünen Kränzen aufgebahrt lag, eine Trauerfeier im engstem Familienkreise statt. Landeskommissär Geheimrat Hartmann-Konstanz legte im Namen der badischen Regierung einen Kranz mit einer Schleife in den badischen Farben nieder. Abends 9 Uhr erfolgte die feierliche Ueberführung der Leiche von Konstanz nach Salem. Die Garnison gab dem Toten das Geleit von der Stadt zu der Fähre. Feuerwehr geleitete mit Fackeln die Fahrt über den Bodensee. Das ungewöhnliche Schauspiel der nächtlichen Ueberführung der Leiche machte auf die ungeheure Menschenmenge und alle Teilnehmer, die entblößten Hauptes den Weg einsäumten und am Hafen standen, einen tiefen Eindruck.

Gedenkrede Dietrichs für Prinz Max.

Berlin, 6. Nov. Aus Anlaß des Ablebens des Prinzen Max von Baden veranstaltete die Funkstunde Berlin am Mittwoch abend eine Gedenkfeier, in der der Reichsernährungsminister Dietrich warme Gedenkworte sprach. Mitten im Volk aufgewachsen, zeichnete sich Prinz Max durch eine einfache, liebenswürdige und unvoreingenommene Art aus, an Menschen und Dinge heranzutreten und viel Vertrauen und viele Freunde zu gewinnen. Am 22. August 1918, am Tage der Jahrhundertfeier der badischen Verfassung, an dem in Baden durch französische Kriegsflugzeuge Menschenleben vernichtet wurden, hielt er eine Rede, in der er ausführte, daß die Wunden des furchtbaren Krieges nur geschlossen werden könnten, wenn es gelinge, die Kräfte des Volkes durch ein starkes und aufrichtiges politisches Leben zu wecken. Er stellte scharf zwei Forderungen heraus: erstens die Forderung an den Staat, Achtung vor der Menschenwürde und der persönlichen

---

Früh übt sich… In der Schule werden Sprichwörter behandelt. Der Lehrer hat eben die Bedeutung des frühen Aufstehens an Hand des Sprichwortes „Morgenstund hat Gold im Mund" dargelegt und stellt nun an seine Klasse — neunjährige Sekundarschüler — folgende Frage: „Wer weiß mir ein ganz ähnliches Sprichwort zu nennen?" Da erhebt sich der kleine Heiri und antwortet schlagfertig: „Mit Wybert im Mund, bleibt der Hals gesund!"

Freiheit des einzelnen zu haben und zweitens die Forderung an den einzelnen, sich für das Ganze einzusetzen bis zum höchsten Opfer. Prinz Max hat auch den Versuch gemacht, die Sozialdemokratie zu einer Zeit, in der ein solcher Versuch mit Heftigkeit abgelehnt wurde, zur positiven Mitarbeit am Staat heranzuziehen. Der Redner schilderte dann die Uebernahme der Kanzlerschaft durch den Prinzen, die verzweifelte militärische und politische Lage des Reichs, das Sträuben des Prinzen gegen das überstürzte Friedensangebot und das Ersuchen an Wilson, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. In seinem Brief an den Großherzog Friedrich II. von Baden schrieb er u. a., daß er geglaubt habe, fünf Minuten vor zwölf gerufen zu werden, daß er aber habe einsehen müssen, daß es fünf Minuten nach zwölf gewesen sei. Prinz Max war bis zum letzten Augenblick beseelt von dem Wunsch, nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch dem Kaisertum zu dienen. Er hatte sich dann allmählich zu der Ansicht durchgerungen, daß der Kaiser selbst nicht mehr zu retten sei, hoffte aber, durch einen freiwilligen Verzicht des Kaisers das Kaisertum selbst zu retten. Der Minister faßte die Kanzlertätigkeit des Prinzen dahin zusammen, daß die maßlosen Vorwürfe, die ihm für den Zusammenbruch des Reichs, den Fall des Kaisertums und den Ausbruch der Revolution verantwortlich machten, jeder Begründung entbehren und daß die Geschichte ihm das Zeugnis ausstellen werde, er sei mit gutem Willen, mit klarem Blick und mit ehrlichem Willen an eine unlösbare Aufgabe herangegangen. „Mit dem Ende des schweren Dramas," so schloß der Minister, „dessen Held er war, beginnt die Geschichte des neuen Deutschlands, das ihm ein gutes Gedenken bewahren wird."

Anläßlich des Todes Prinz Max von Baden, des Vetters der schwedischen Königin, hat das schwedische Königshaus sechstägige Hoftrauer angelegt. Die Presse widmet dem verstorbenen Prinzen, der oft in Stockholm zu Besuch weilte, lange und warme Nachrufe.

Zahlreiche Beileidsbezeugungen.

Berlin, 6. Nov. Der Reichspräsident hat am Mittwoch der Prinzessin Max von Baden zum Ableben des Prinzen Max von Baden ein Beileidstelegramm gesandt. — Der Reichskanzler hat an die Gemahlin des verstorbenen früheren Reichskanzlers Prinz Max von Baden nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet: „Mit lebhafter Anteilnahme habe ich soeben die Nachricht von dem allzufrühen Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls, des Prinzen Maximilian von Baden, erhalten und möchte Ihnen und den Ihrigen zugleich namens der Reichsregierung herzliches Beileid aussprechen. In Deutschlands schwerster Not hat Prinz Max seine ganze Kraft dafür eingesetzt, das schlimmste Unheil von unserem Vaterland abzuwenden. Das deutsche Volk wird ihm für die mannhafte Tat, die seiner vornehmen, pflichtgetreuen, stets auf den Ausgleich der Gegensätze im Dienste höherer nationaler Ziele gerichteten Gesinnung entsprang, dankbare und ehrende Erinnerung bewahren." — Auf die telegraphische Nachricht über das Ableben des Prinzen Max von Baden durch den Prinzen Berthold hat der badische Staatspräsident nachstehendes Beileidstelegramm abgesandt: „Namens der badischen Staatsregierung spreche ich Ihnen zum Ableben Ihres Herrn Vaters, des Prinzen Max von Baden, aufrichtige Anteilnahme aus. Das Andenken an den Verewigten, der in mehrfachen Stellungen seinem engeren Heimatlande wie dem deutschen Vaterlande wertvolle Dienste geleistet hat, wird bei der Regierung und dem badischen Volk stets in Ehren gehalten werden."

Das deutsche Verkehrsflugzeug D 200 über England abgestürzt.

London, 6. Nov. **Das deutsche Verkehrsflugzeug „D 200" verunglückte über dem Wald von Fosterdown in der Nähe von Godstone. Die der Deutschen Lufthansa gehörende Maschine hatte Godstone bereits überflogen, als es so neblig wurde, daß der Pilot umkehren mußte. Offenbar beurteilte er die Höhe der Bäume des Waldes falsch, denn nach dem Aussehen des Wracks zu schließen, scheint die Maschine den Rand des Unterholzes gestreift zu haben und dann in die Tiefe gestürzt zu sein, bevor sie explodierte und in Flammen aufging. Teile des Wracks sind über die Bäume, die das Flugzeug passierte, zerstreut. Die Feuerwehr von Caterham war sofort zur Stelle, löschte die Flammen und beteiligte sich an den Bergungsarbeiten. Sämtliche sechs Tote weisen schwere Brandwunden auf und waren zum Teil nur noch schwer zu erkennen. Die beiden Verletzten, Prinz von Schaumburg-Lippe und Commander Olen, sind nach einer Privatklinik in Godstone übergeführt worden. Glens Verletzungen sind verhältnismäßig unbedeutend, doch hofft man auch den Prinzen von Schaumburg-Lippe am Leben erhalten zu können. Bei dem abgestürzten Verkehrsflugzeug handelt es sich um eine mit drei Motoren ausgerüstete Maschine. An Bord befanden sich vier Passagiere und vier Mann Besatzung. Drei Passagiere und drei Mitglieder der Besatzung sind tot, während ein Passagier und ein Mann der Besatzung schwer verletzt wurden.**

Pünktlich 9 Uhr 44 vormittags hatte das Flugzeug London—Amsterdam—Berlin den Flughafen von London, Croydon, verlassen. Die Wetternachrichten waren zwar nicht die allergünstigsten, immerhin lauteten sie so, daß man annehmen durfte, nach einer kurzen Zone der Böen in gute Luftschichten zu kommen, die eine erträgliche Sicht verhießen. Wie stets, schlug das Flugzeug, eine Junkersmaschine mit drei Motoren, vom Typ der „G. 24", den Weg über die Grafschaft Surrey ein, um 15 Uhr 05 in Amsterdam und 18 Uhr 15 in Berlin anzukommen. An Bord befanden sich vier Passagiere, alles Engländer, dazu der Pilot Bruno Rodschinka, der Hilfspilot Prinz Eugen zu Schaumburg-Lippe und der Bordfunker Willi Ullrich. Rodschinka ist ein alter Kriegsflieger, er hat im Dienst als Führer von Verkehrsflugzeugen bereits mehr als 600 000 Kilometer zurückgelegt, sein Begleiter und Assistent, Prinz von Schaumburg-Lippe, ist bekannt als Kunstflieger, und auch der Bordfunker gilt als im Flugdienst überaus erfahren und als ein vorsichtiger Mann. Ueber der Grafschaft Surrey ist das Flugzeug in eine undurchdringliche Luftschicht gekommen, die völlig vernebelt war. Jede Sicht war dem Führer Rodschinka genommen. Er entschloß sich daher, rechtzeitig eine Notlandung vorzunehmen, um besseres Wetter abzuwarten oder zurück nach London zu fliegen. Bei der etwa 16 Kilometer von Croydon-Flughafen entfernten Ortschaft Mordenpark in der Nähe von Caterham ist das Flugzeug dann abgestürzt und in Brand geraten. Es ging dabei vollständig in Trümmer. Der Flugkapitän Rodschinka, der Bordfunker Ullrich, ein Hilfsflieger Niklas sowie die drei englischen Passagiere Jones, Milne und Jasper wurden getötet. Die anderen Insassen der Maschine vermochten sich trotz ihrer schweren Verletzungen aus dem brennenden Trümmerhaufen zu retten, wobei insbesondere Prinz Eugen von Schaumburg-Lippe sehr schwere Brandwunden erlitt.

Die beiden Ueberlebenden des Flugzeugunglücks in England.

London, 6. Nov. Nach einer hier eingetroffenen Meldung sind bei dem Absturz des brennenden Flugzeugs Prinz Ernst zu Schaumburg-Lippe und der Kapitänleutnant Glentidstone mit dem Leben davon gekommen, während sechs Personen den Tod gefunden haben. Prinz Ernst zu Schaumburg-Lippe war vor einigen Tagen als Vertreter der Firma Benz-Daimler nach London gekommen. Er hat schwere Verbrennungen erlitten. Bei seiner Rettung war er zunächst bei vollem Bewußtsein; er liegt aber jetzt besinnungslos im Hause des Arztes Greig in der Nachbarschaft des Absturzortes.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten **Mittwoch den 13. Novbr. 1929** stattfindenden

Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt

ergeht Einladung.

Die üblichen gesundheitspolizeilichen Vorschriften sind einzuhalten. Die Schweinehändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schweine bei ihren Körben und Kisten zu bleiben, welche vorher nicht geöffnet werden dürfen.

Calw, den 7. November 1929.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Feldrennach, 5. November 1929.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem so schmerzlichen Verluste meines lieben Mannes, unseres herzensguten Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels, Schwiegervaters und Großvaters

Gottlieb Wacker,

Maurermeister,

danken wir herzlich. Besonders danken wir dem Militärverein Feldrennach, Pfinzweiler und Conweiler, dem Gesangverein Feldrennach, dem Musikverein Feldrennach, den Bauhandwerkern, der Maurer- und Steinhauer-Innung, für die Kranz- und Blumenspenden, sowie innigen Dank für die zahlreiche Beteiligung beim Gang zu seiner letzten Ruhestätte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Die Gattin **Sofie Wacker**, geb. Fauth
und Kinder nebst Angehörigen.

Herrenalb, den 6. November 1929.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Ableben unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels

Arthur Hechinger,

sagen wir unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Pauline Bienz.

Birkenfeld.

Obstbäume

Schöne, erstklassige **Apfel- und Birn-Hochstämme** sowie **Halbstämme u. Buschbäume** hat zu verkaufen

Karl Höll, Baumgärtner, Herrenalberstr. 8.

Wir suchen Personen an allen Plätzen, welche uns regelmäßig alle 4 Wochen die

Geburtsadressen

übersenden können, bei hoher **Entschädigung.**

Angebote unter Nr. 400 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Im 4. Stock

Das Christkind kommt — was wird es uns bringen? So fragen sich auch Ihre Kleinen! Wissen Sie schon, womit Sie Ihre Kleinen zum schönsten aller Feste beglücken können? Kommen Sie mit ihren Kindern zu uns! Lassen Sie sie in aller Stille unter all den vielen Herrlichkeiten selbst wählen und achten Sie auf die entzückten Ausrufe der Kleinen, dann wird es Ihnen kein Geheimnis mehr sein, was Ihr Kind vom Nikolaus erträumt.

KNOPF

Pforzheim

Gaistal—Winterlingen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, Schulfreunde und Schulfreundinnen zu unserer am

Sonntag den 10. November 1929

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. „Linde" in Gaistal

freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Friedrich Weiß, Schuhmacher,
Sohn des Karl Weiß, Maurers, in Gaistal.

Judith Maier,
Tochter des Friedrich Maier, Metzgers, Winterlingen.

Getraut in Winterlingen.

Obernhausen—Langenalb.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 10. November 1929

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Lamm" in Langenalb

freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Ernst Reuster,
Sohn des Karl Reuster, Gipsers, Obernhausen.

Hilda Wiedmann,
Tochter des Johann Wiedmann, Langenalb.

Kirchgang 1/2 11 Uhr in Langenalb.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw